

Datenschutzpolitik bei FAIRSQUARE Rechtsanwälte GmbH

1. EINLEITENDE INFORMATIONEN

Unsere Anwaltskanzlei verarbeitet im Rahmen ihrer Tätigkeit personenbezogene Daten von Mandanten, Vertragspartnern von Mandanten, gegebenenfalls auch von deren gesetzlichen Vertretern, und anderen Personen, je nach Art der erbrachten Rechtsdienstleistung (z.B. Familienangehörige von Mandanten, Mitarbeiter von Mandanten), sowie personenbezogene Daten von Mitarbeitern, Bewerbern, Auftragnehmern und Lieferanten (im Folgenden als "**betroffene Personen**" bezeichnet).

In unserer Kanzlei widmen wir dem Schutz personenbezogener Daten große Aufmerksamkeit, da die Vertraulichkeit und Sicherheit der bereitgestellten Daten sowie der Schutz der Privatsphäre von Mandanten und anderen betroffenen Personen für uns Priorität haben. Wir sind stolz auf unser Vertrauen und daher enthält dieser Hinweis grundlegende Informationen darüber, welche personenbezogenen Daten wir verarbeiten, zu welchen Zwecken und unter welchen Rechtstiteln, sowie Informationen darüber, wohin gegebenenfalls personenbezogene Daten von Betroffenen übermittelt oder offengelegt werden. Gleichzeitig erfahren Sie, welche Rechte Sie in Bezug auf den Datenschutz haben und wo Sie diese ausüben können.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten unterliegt in erster Linie der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden "**DSGVO**" genannt) sowie dem österreichischen Datenschutzgesetz („**DSG**“) in seiner aktuellen Fassung.

2. INFORMATIONEN ÜBER DEN FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHEN

Der Inhaber der Datenverarbeitung ist:

FAIRSQUARE Rechtsanwälte GmbH

Schottengasse 10

1010 Wien

FN 570 123t

eingetragen beim Handelsgericht Wien

Um einen angemessenen Schutz Ihrer personenbezogenen Daten in den Fällen zu gewährleisten, in denen Rechtsdienstleistungen durch unsere ständig kooperierenden Anwälte erbracht werden, wurde ein Vertrag über die gemeinsame Verwaltung personenbezogener Daten gemäß Artikel 26 der DSGVO geschlossen. Daraus ergeben sich wichtige Bestimmungen für die betroffenen Personen, nämlich die Verantwortung der Anwaltskanzlei FAIRSQUARE Rechtsanwälte GmbH für die Erfüllung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Schutz personenbezogener Daten gemäß der DSGVO, die Ermächtigung unserer Anwaltskanzlei für eine mögliche Kommunikation mit der österreichischen Datenschutzbehörde und die Ermächtigung der Anwaltskanzlei FAIRSQUARE Rechtsanwälte GmbH für die Kommunikation mit betroffenen Personen, die

Ausübung Ihrer Rechte sowie die Bereitstellung von Informationen gemäß Artikel 13 der DSGVO.

Sollten Sie Fragen zum Schutz Ihrer persönlichen Daten mit uns besprechen wollen, zögern Sie bitte nicht, uns zu kontaktieren:

persönlich oder auf dem Postweg an:

FAIRSQUARE Rechtsanwälte GmbH

Schottengasse 10

1010 Wien

per Telefon unter **+43 1 523 27 27**

oder elektronisch unter office@fairsquare.at

Wir werden Ihre Anfrage ohne unnötige Verzögerung, jedoch innerhalb eines Monats, bearbeiten. In Ausnahmefällen, insbesondere aufgrund der Komplexität Ihrer Anfrage, sind wir berechtigt, diese Frist, um weitere zwei Monate zu verlängern. Wir werden Sie selbstverständlich über eine solche Verlängerung und die Gründe dafür informieren.

In der Regel bearbeiten wir Ihre Datenschutzanfragen kostenlos. Nur wenn die gestellten Anfragen offensichtlich unbegründet oder unangemessen sind, insbesondere weil sie sich wiederholen, kann unsere Anwaltskanzlei eine angemessene Gebühr erheben oder wir können es ablehnen, der Anfrage nachzukommen.

3. PERSÖNLICHE DATEN, DIE WIR VERARBEITEN

Um qualitativ hochwertige und ordnungsgemäße Rechtsdienstleistungen im Sinne der Rechtsanwaltsordnung erbringen zu können, müssen wir Ihre personenbezogenen Daten kennen.

Insbesondere verarbeiten wir bei der Erbringung von Rechtsdienstleistungen die folgenden personenbezogenen Daten:

- Identifikations- und Adressdaten (z.B. Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Ausweisnummer, Rechnungsadresse, Firmensitz, Adresse des Wohnsitzes, Zustelladresse, Firmenbuchnummer, Sozialversicherungsnummer),
- Daten im Zusammenhang mit den Auftragsunterlagen und deren Erfüllung (z.B. Datum des Vertragsabschlusses, Laufzeit, Datum und Grund der Beendigung, Beschreibung der Rechtsdienstleistungen, Daten, die für die ordnungsgemäße Abrechnung des Honorars erforderlich sind, einschließlich der Höhe des Honorars, Datum der Zahlung des Honorars),
- Kontaktdaten (z.B. E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Mailbox-ID),
- Daten aus dem Strafregisterauszug (z.B. Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Geburtsort, Angaben zu noch nicht getilgten Verurteilungen, einschließlich Angaben zum Verlauf des Strafvollzugs und zu verhängten Schutzmaßnahmen),

- Daten, die im Personalausweis enthalten sind (z. B. Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Geschlecht, Personalausweisnummer, ggf Reisepassnummer, Wohnadresse, Foto, Staatsangehörigkeit),
- Informationen über Dritte (Informationen über Ihre Mitarbeiter, Geschäftspartner oder Personen, gegen die Sie Ansprüche geltend machen oder die Ansprüche gegen Sie geltend machen).

Die meisten personenbezogenen Daten erhalten wir direkt von Mandanten oder aus den Daten, die uns von den Mandanten zur Verfügung gestellt wurden. Je nach Einzelfall kann die Nichtbereitstellung personenbezogener Daten unsere Fähigkeit beeinträchtigen, qualitativ hochwertige Rechtsdienstleistungen zu erbringen, oder in Ausnahmefällen unsere Verpflichtung, die Erbringung von Rechtsdienstleistungen zu verweigern.

Wir können auch personenbezogene Daten von betroffenen Personen aus öffentlich zugänglichen Quellen, von Behörden und/oder von anderen Personen aufgrund unserer rechtlichen Befugnisse oder in Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen erhalten. Wir können im Rahmen der Erbringung von Rechtsdienstleistungen auch besondere Kategorien personenbezogener Daten (von Mandanten oder Dritten) verarbeiten, z.B. Gesundheitsdaten, z.B. im Rahmen der Rechtsberatung im Bereich des Gesundheits- oder Arbeitsrechts, oder personenbezogene Daten im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten, wenn diese Verarbeitung für die Erbringung von Rechtsdienstleistungen notwendig und angemessen ist. Wir sind berechtigt, eine besondere Kategorie personenbezogener Daten auf der Grundlage von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe f der DSGVO zu verarbeiten, wenn die Verarbeitung für die Begründung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Die Verarbeitung personenbezogener Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten durch die Anwaltskanzlei ist gemäß Artikel 10 der DSGVO gerechtfertigt.

4. ZWECK DER VERARBEITUNG DER PERSONENBEZOGENEN DATEN

Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten für einen vorher festgelegten Zweck und einen bestimmten Rechtstitel nur in dem Maße, wie es erforderlich ist.

Insbesondere verwenden wir personenbezogene Daten für die folgenden Zwecke und auf der Grundlage der folgenden Rechtstitel:

Erbringung von Rechtsdienstleistungen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten in erster Linie zu dem Zweck, den Abschluss, die Änderung oder die Beendigung eines Vertrags über die Erbringung von Rechtsdienstleistungen oder dessen Erfüllung auszuhandeln.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Erfüllung des Vertrags im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) DSGVO und die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO, die sich aus der Rechtsanwaltsordnung und dem Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz („**WiEReG**“) und der EU-Verordnung zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung („**AML**“)

ergeben. **[Anm KV: in der CZ-Version wird AML erwähnt, FZ hat WiEReG eingefügt... Reicht es so, also ohne AML?]**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer des Vertragsverhältnisses oder für den Zeitraum, der in den gesetzlichen Vorschriften festgelegt ist. Wir bewahren die Dokumentation über die Erbringung von Rechtsdienstleistungen und die Mandantenakten für 5 Jahre ab dem Datum der Beendigung der Erbringung von Rechtsdienstleistungen auf.

Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit juristischen Dienstleistungen

Neben der Erbringung von Rechtsdienstleistungen können wir Ihnen auch die anwaltliche Verwahrung (Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten), **die Vermittlung der Erklärung** der Echtheit der Unterschrift, die Vermittlung der Übersetzung von Verträgen, Gutachten, juristische oder andere professionelle Dienstleistungen von Vertretern aus der Republik Österreich und dem Ausland anbieten usw. Zu diesem Zweck verarbeiten wir personenbezogene Daten im Rahmen von Verhandlungen über den Abschluss, die Änderung oder die Beendigung eines Vertrags über die Erbringung von Rechtsdienstleistungen oder dessen Erfüllung. **[Anm KV: in der CZ-Version wird auf die Möglichkeit hingewiesen, dass sie die Echtheit der Unterschriften machen können, wir nicht, daher habe ich das Gelbe ergänzt, Bitte um Check]**

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Erfüllung des Vertrags im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) DSGVO sowie die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) DSGVO, die sich aus der RAO sowie dem WiEReG ergeben.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer des Vertragsverhältnisses oder für den Zeitraum, der sich aus der RAO sowie dem WiEReG ergibt. Wir bewahren die Dokumentation über die Erbringung von Rechtsdienstleistungen und die Mandantenakten für 5 Jahre ab dem Datum der Beendigung der Erbringung von Rechtsdienstleistungen auf. Wir bewahren den Vermögensverwaltungsvertrag, Kopien der vom Mandanten eingereichten Dokumente, die vom Mandanten erteilte Vollmacht oder andere Dokumente, die im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung entstehen, für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Beendigung der Vermögensverwaltung auf. **Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Echtheitserklärung der Unterschrift so lange, wie das Erklärungsbuch nicht vollständig ausgefüllt ist oder bis ein anderes Ereignis eintritt, das unsere Verpflichtung zur Rückgabe des Buches an die Tschechische Rechtsanwaltskammer auslöst. [Anm KV: gilt nicht für Österreich... daher würde ich streichen]**

Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen

Wir verarbeiten einige Ihrer personenbezogenen Daten auch, um unseren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, insbesondere den beruflichen, buchhalterischen und steuerlichen Verpflichtungen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c) der DSGVO. Die Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Bereich der Buchhaltung und der Besteuerung wird insbesondere auch durch das Umsatzsteuergesetz („**UStG**“) sowie das Unternehmensgesetzbuch („**UGB**“) geregelt.

Die Dokumentation über die Erbringung von Rechtsdienstleistungen und die Mandantenakten werden für 5 Jahre ab dem Datum der Beendigung der Erbringung von Rechtsdienstleistungen aufbewahrt. Buchhaltungsdaten werden für 5 Jahre, Steuerunterlagen für 10 Jahre aufbewahrt. Andere Daten werden für den Zeitraum aufbewahrt, der in den oben genannten gesetzlichen Bestimmungen festgelegt ist.

Marketing-Zwecke

Wir verarbeiten personenbezogene Daten von Mandanten oder Interessenten an juristischen Dienstleistungen, hauptsächlich im Rahmen von Kontakt- und Identifikationsdaten, zum Zwecke des Direktmarketings, d.h. zum Versand von Newslettern, juristischen Nachrichten, Einladungen zu Fachvorträgen und Seminaren, zum Versand von Urlaubskarten und zum Versand von Angeboten an Interessenten an unseren juristischen Dienstleistungen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der DSGVO und das berechtigte Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten bis zu dem Zeitpunkt, an dem Sie uns mitteilen, dass Sie keine kommerziellen Angebote mehr erhalten möchten, maximal jedoch 3 Jahre ab dem Zeitpunkt, an dem Sie nicht mehr Mandant unserer Kanzlei sind, oder bis Sie Ihre Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten und zur Zusendung kommerzieller Mitteilungen zurückziehen.

Schutz unserer Rechte

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zum Zweck der Geltendmachung von Rechtsansprüchen unserer Kanzlei in gerichtlichen, außergerichtlichen, schiedsgerichtlichen, Verwaltungs-, Vollstreckungs- und Insolvenzverfahren. Es liegt in unserem berechtigten Interesse, unsere berechtigten Ansprüche ordnungsgemäß, zeitnah und effektiv verfolgen zu können.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a der DSGVO und das berechtigte Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DSGVO.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten für einen Zeitraum von 5 Jahren nach Beendigung unseres Vertragsverhältnisses oder für einen Zeitraum von 5 Jahren nach dem Erwerb der personenbezogenen Daten.

Auswahl der Mitarbeiter

Zu diesem Zweck verarbeiten wir gewöhnliche personenbezogene Daten, die Sie uns über Ihren Lebenslauf, Ihr Anschreiben und andere beigefügte Dokumente zur Verfügung stellen. Im Rahmen des Auswahlverfahrens bewerten wir Ihre personenbezogenen Daten, um festzustellen, ob Sie im Hinblick auf Ihre Erfahrung, Ihre Fähigkeiten, Ihre Ausbildung und andere für die Stelle erforderliche persönliche Eigenschaften ein geeigneter Kandidat für die

zu besetzende Stelle sind. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen eines vorvertraglichen Verhältnisses mit dem Ziel, einen Arbeitsvertrag oder eine Vereinbarung zwischen Ihnen und unserer Kanzlei zu schließen.

Für den Fall, dass Sie im Auswahlverfahren nicht erfolgreich sind, d.h. kein Arbeitsvertrag oder keine Vereinbarung zwischen Ihnen und unserer Kanzlei zustande kommt, werden wir Ihre personenbezogenen Daten unverzüglich löschen/vernichten, es sei denn, wir haben einen anderen rechtlichen Grund für ihre Verarbeitung.

Damit wir Ihre personenbezogenen Daten weiterhin in unserer Bewerberdatenbank speichern können, falls eine Stelle frei wird, müssen Sie unserer Kanzlei Ihre Zustimmung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilen.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist die Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) DSGVO und das berechtigte Interesse des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f) DSGVO.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten bis zum Abschluss eines Arbeitsvertrags oder einer Vereinbarung, ansonsten bis zum Widerruf Ihrer Zustimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten.

5. EMPFÄNGER VON PERSONENBEZOGENEN DATEN

Neben den für die Datenverarbeitung Verantwortlichen können auch Personen, die uns bei der Erbringung unserer Dienstleistungen unterstützen, in begrenztem Umfang Zugang zu personenbezogenen Daten haben.

Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten greifen wir auf IT-Dienstleister zurück, die bestimmte IT-Dienstleistungen für uns erbringen, wie z.B. IT-Sicherheit und -Infrastruktur oder Websites, sowie auf Buchhaltungsunternehmen und Steuerberater, die eine umfassende Buchhaltung und Buchführungsabwicklung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, einschließlich Buchhaltung und Steuerberatung, anbieten.

Wir nehmen auch die Dienste von Dolmetschern und Übersetzern in Anspruch, wenn die Übersetzung bestimmter Dokumente aus einer oder in eine Fremdsprache im Zusammenhang mit unseren Geschäften oder im Zusammenhang mit der Erbringung von Rechtsdienstleistungen erforderlich ist, oder um im Rahmen der normalen Kommunikation zu dolmetschen.

Mit jedem Auftragsverarbeiter wird gemäß Artikel 28 der DSGVO ein Vertrag über die Verarbeitung personenbezogener Daten abgeschlossen, der die angemessene Behandlung personenbezogener Daten und die Einhaltung von Sicherheitsstandards garantiert.

Darüber hinaus haben Empfänger von Behörden nur insoweit Zugang zu personenbezogenen Daten, als dies im Rahmen ihrer Aufsichts- oder Kontrolltätigkeit auf der Grundlage der Gesetzgebung erforderlich ist. Informationen, die sich auf die tatsächliche Ausübung der Anwaltschaft und die Erbringung von Rechtsdienstleistungen beziehen, sind jedoch durch das

Anwaltsgeheimnis gesetzlich geschützt und können von den Empfängern nicht eingesehen werden.

Andere Empfänger können Sachverständige, Sachverständigeninstitute und Gutachter sein, wenn ein Gutachten oder eine Expertise gemäß den Anweisungen des Mandanten im Zusammenhang mit der Erbringung von Rechtsdienstleistungen erstellt wird.

Empfänger personenbezogener Daten können auch Banken und andere Unternehmen sein, die Finanzgeschäfte für unsere Kanzlei abwickeln und uns Finanzdienstleistungen zur Verfügung stellen, insbesondere im Zusammenhang mit Treuhandgeschäften oder anderen Geschäftstransaktionen.

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nicht an ein Drittland (Nicht-EU-Land) oder an eine internationale Organisation. Sollte der Zweck der Verarbeitung die Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland erfordern, werden wir alle in den Artikeln 44 bis 49 der DSGVO genannten Bedingungen sowie andere Bedingungen, die für die Übermittlung personenbezogener Daten gelten, so einhalten, dass die Übermittlung alle Sicherheitsstandards erfüllt und Ihre Rechte und Freiheiten nicht verletzt werden.

6. RECHTE DER BETROFFENEN PERSONEN

Ebenso wie wir Rechte und Pflichten in Bezug auf den Schutz personenbezogener Daten haben, haben auch Sie als betroffene Person Rechte in Bezug auf den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten, darunter:

Das Recht auf Zugang zu Ihren persönlichen Daten

Das Recht auf Zugang zu personenbezogenen Daten bedeutet, dass Sie als betroffene Person das Recht haben, von unserer Anwaltskanzlei auf aktive Anfrage Informationen (Bestätigung) darüber zu erhalten, ob Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden oder nicht, und, falls dies der Fall ist, das Recht auf Zugang zu diesen personenbezogenen Daten sowie das Recht, weitere Informationen über diese Verarbeitung zu erhalten.

Der Zweck des Rechts auf Zugang zu personenbezogenen Daten besteht nicht darin, Zugang zu den Datenträgern (d.h. Dokumenten, Unterlagen) zu gewähren, sondern der für die Verarbeitung Verantwortliche kommt der Verpflichtung nach, wenn er eine "Momentaufnahme" der verarbeiteten personenbezogenen Daten zur Verfügung stellt und nicht eine direkte Kopie der Datenträger. Um die Bereitstellung von Kopien von Dokumenten zu verlangen, müssen andere Rechte genutzt werden, die sich in der Regel aus anderen Rechtsvorschriften ergeben, die den Zugang des Einzelnen zu Akten, Dokumenten und die Möglichkeit, Kopien anzufertigen, regeln.

Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung

Wenn Sie der Meinung sind, dass unsere Kanzlei unrichtige Daten über Sie verarbeitet, haben Sie das Recht, uns dies mitzuteilen und die Berichtigung oder Vervollständigung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

Ihr Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung Ihrer personenbezogenen Daten bedeutet jedoch nicht, dass wir verpflichtet sind, aktiv nach unrichtigen Daten zu suchen, und es bedeutet auch nicht, dass der für die Verarbeitung Verantwortliche beispielsweise verpflichtet ist, von der betroffenen Person eine jährliche Aktualisierung ihrer Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung

Dieses Recht bedeutet mit anderen Worten, dass der für die Verarbeitung Verantwortliche gemäß der DSGVO verpflichtet ist, personenbezogene Daten zu löschen, wenn mindestens eine Bedingung erfüllt ist:

- die personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder anderweitig verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich,
- die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung und es gibt keine weitere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung,
- die betroffene Person legt Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor,
- die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet worden sind,
- die personenbezogenen Daten gelöscht werden müssen, um einer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen,
- die personenbezogenen Daten wurden im Zusammenhang mit dem Angebot von Diensten der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 der DSGVO erhoben.

Das Recht auf Löschung gilt also nur in den aufgeführten Punkten, d.h. wenn der jeweilige Umstand eintritt. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass das Recht auf Löschung kein absolutes Recht ist, das Ihnen die Möglichkeit gibt, jederzeit und in jeder Situation die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen.

So ist es beispielsweise nicht möglich, die Vernichtung aller personenbezogenen Daten im Rahmen des Rechts auf Vergessenwerden zu verlangen, z.B. wenn die Erbringung von Rechtsdienstleistungen beendet wird, da unsere Kanzlei verpflichtet ist, die Mandantenakte einschließlich der darin enthaltenen personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von 5 Jahren ab dem Datum der Beendigung der Erbringung von Rechtsdienstleistungen aufzubewahren.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Neben dem Recht auf Löschung haben Sie in bestimmten Fällen auch das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Damit können Sie in bestimmten Fällen verlangen, dass Ihre personenbezogenen Daten gekennzeichnet werden und dass diese personenbezogenen Daten für einen bestimmten Zeitraum keiner weiteren Verarbeitung unterzogen werden.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Das Recht auf Datenübertragbarkeit besteht im Wesentlichen darin, dass Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit haben, Ihre personenbezogenen Daten, die Sie unserer Kanzlei zur Verfügung gestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und dass Sie das Recht haben, diese Daten ohne Behinderung durch uns an einen anderen Verantwortlichen zu übermitteln.

Sie haben ferner das Recht, auf Antrag von uns zu verlangen, dass Ihre personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden, sofern dies technisch machbar ist. Eine gemeinsame Voraussetzung für die Anwendung dieses Rechts ist, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten auf einer gesetzlichen Grundlage der Einwilligung oder eines Vertrags beruht und die Verarbeitung mit automatisierten Mitteln erfolgt.

Die Ausübung des Rechts auf Datenübertragbarkeit darf sich jedoch nicht nachteilig auf die Rechte und Freiheiten anderer Personen auswirken.

Recht auf Widerspruch

Als betroffene Person haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer gesetzlichen Grundlage erfolgt:

- die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde,
- die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder eines betroffenen Dritten erforderlich.

Der für die Verarbeitung Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen oder Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Das Recht, keiner automatisierten individuellen Entscheidungsfindung mit rechtlichen oder ähnlichen Auswirkungen, einschließlich Profiling, unterworfen zu werden

Dieses Recht stellt sicher, dass Sie keiner Entscheidung unterworfen werden, die ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung, einschließlich Profiling, beruht und die rechtliche Auswirkungen auf Sie hat oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Mit anderen Worten: Es geht darum, sicherzustellen, dass Rechtsfolgen nicht durch automatisierte Prozesse ohne menschliches Eingreifen entschieden werden, vorbehaltlich möglicher Ausnahmen.

Eine automatisierte Entscheidungsfindung ist zulässig, wenn sie für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrags zwischen der betroffenen Person und dem für die Verarbeitung Verantwortlichen erforderlich ist, wenn sie nach dem Recht der EU oder eines Mitgliedstaats zulässig ist oder wenn sie auf der ausdrücklichen Einwilligung der betroffenen Person beruht.

Bei der Erbringung von Rechtsdienstleistungen betreibt unsere Kanzlei kein Profiling der betroffenen Personen oder eine andere automatisierte Entscheidungsfindung, die rechtliche Auswirkungen auf die betroffenen Personen hat.

Recht auf jederzeitigen Widerruf der Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass dadurch die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der vor dem Widerruf erteilten Einwilligung berührt wird.

Recht auf eine Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Schließlich haben Sie das Recht, eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Amt für den Schutz personenbezogener Daten, einzureichen.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist, können Sie zusätzlich zu den oben genannten Rechten eine Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde einreichen, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres gewöhnlichen Aufenthalts, des Ortes Ihrer Beschäftigung oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes.

Die Aufsichtsbehörde in Österreich ist die Österreichische Datenschutzbehörde. Sie erreichen sie persönlich oder postalisch an der Adresse Barichgasse 40-42, 1030 Wien. Sie erreichen sie darüber hinaus telefonisch unter +43 1 52 152-0 sowie per E-Mail unter dsb@dsb.gv.at.

7. ÄNDERUNGEN DIESES DATENSCHUTZHINWEISES

Datenschutz ist für uns keine einmalige Angelegenheit. Die Informationen, die wir Ihnen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten durch unsere Anwaltskanzlei zur Verfügung stellen müssen, können sich ändern oder nicht mehr aktuell sein. Aus diesem Grund behalten wir uns das Recht vor, diesen Hinweis jederzeit in beliebigem Umfang zu modifizieren und zu ändern. Sollten wir diesen Hinweis in wesentlicher Weise ändern, werden wir Sie über diese Änderung informieren, beispielsweise durch einen allgemeinen Hinweis auf dieser Website oder durch eine persönliche Mitteilung per E-Mail.

Mag. Zuzana Nötstaller, Rechtsanwältin und Geschäftsführerin
FAIRSQUARE Rechtsanwälte GmbH